Deutscher Bundestag **Drucksache 21/7773**

21. Wahlperiode 31.08.2026

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Nicole Höchst, Dr. Michael Kaufmann, Adam Balten, Dr. Christoph Birghan, Dr. Ingo Hahn, Andreas Mayer, Stefan Schröder, René Bochmann, Robin Jünger, Maximilian Kneller, Sergej Minich, Martin Reichardt, Dr. Paul Schmidt, Sven Wendorf und der Fraktion der AfD

Politische und regulatorische Übernahme nichtrobuster öffentlich finanzierter Klimastudie

Im April 2024 veröffentlichten Wissenschaftler des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) in der Fachzeitschrift „Nature“ die Studie „The economic commitment of climate change“ (www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0). Die Autoren dieser Studie kamen zu dem Ergebnis, dass die Weltwirtschaft unabhängig von künftigen Emissionen bereits zu einem Einkommensverlust von etwa 19 Prozent bis 2050 verurteilt sei. Die Studie erzielte erhebliche mediale und politische Aufmerksamkeit und floss unmittelbar in die Klimaszenarien (Phase V) des Network for Greening the Financial System (NGFS) ein (www.ngfs.net/en/publications-and-statistics/publications/ngfs-climate-scenarios-central-banks-and-supervisors-phase-v), welche die Grundlage für globale Stresstests im Finanzsektor bilden.

Im Dezember 2025 zogen die Autoren die Studie zurück (www.nature.com/articles/s41586-025-09726-0), nachdem massive methodische Schwächen und eine extreme Sensitivität gegenüber fehlerhaften Wirtschaftsdaten eines einzelnen Landes (Usbekistan) festgestellt wurden. Das NGFS warnte daraufhin vor der Verwendung der Schadensschätzungen (www.ngfs.net/node/1161414). Aus Sicht der Fragesteller handelt es sich hierbei nicht um einen isolierten wissenschaftlichen Irrtum, sondern um ein strukturelles Problem: die sogenannte asymmetrische Persistenz wissenschaftlicher Aussagen.

Wissenschaftliche Behauptungen entfalten frühzeitig massive politische und regulatorische Wirkung, während die notwendige wissenschaftliche Korrektur zeitverzögert und politisch kaum noch wahrnehmbar erfolgt.

Das PIK, das über die Leibniz-Gemeinschaft massiv steuerfinanziert wird (www.pik-potsdam.de/de/institut/ueber), nimmt hierbei eine Doppelrolle ein: Es agiert als Forschungsinstitut, tritt jedoch gleichzeitig als politischer Akteur auf, wie die Eintragung im Lobbyregister des Deutschen Bundestages belegt (www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R007117). Wenn solche Institutionen die wissenschaftliche Grundlage für tiefgreifende regulatorische Eingriffe in die deutsche Wirtschaft (z. B. CO_2-Bepreisung, Energiewende, grüne Investitionsvorgaben) liefern, müssen die Anforderungen an Transparenz und Robustheit vor einer politischen Umsetzung maximal sein. Andernfalls besteht die Gefahr, dass eine politisierte Forschung als Vorwand für eine Deindustrialisierung und die Belastung der Bürger durch überhöhte Energie- und Kapitalkosten dient.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welcher Höhe hat der Bund das Potsdam-Institut (PIK) in den Jahren 2015 bis 2025 finanziert (bitte nach Grundfinanzierung und sonstigen Bundesmitteln aufschlüsseln)?
2. Welche finanziellen Mittel sind für das Haushaltsjahr 2026 für das PIK derzeit veranschlagt bzw. projektiert?
3. Hat das PIK nach Kenntnis der Bundesregierung im genannten Zeitraum Drittmittel eingeworben, und wenn ja, welche (bitte nach EU, Stiftungen und privaten Gebern aufschlüsseln)?
4. Stellt die Bundesregierung bei der Vergabe von Forschungsmitteln sicher, dass auch Forschungsvorhaben gefördert werden, die klimapolitische Grundannahmen des PIK kritisch hinterfragen, um wissenschaftliche Pluralität zu gewährleisten, und wenn ja, inwieweit?
5. Haben konkrete Finanzierungsquellen des Bundes (Projektförderung oder Grundfinanzierung) die Erstellung der (zurückgezogenen) Studie „The economic commitment of climate change“ ermöglicht, und wenn ja, welche?
6. Wie viele Wissenschaftler des PIK waren in den letzten zehn Jahren in beratender Funktion (Beiräte, Gutachten) für Bundesministerien tätig?
7. Welche Mechanismen nutzt die Bundesregierung gegebenenfalls, um sicherzustellen, dass methodische Unsicherheiten in der Politikberatung durch das PIK explizit kommuniziert werden, bevor diese in Gesetzentwürfe einfließen?
8. Sieht die Bundesregierung angesichts der Retraktion dieser einflussreichen Studie Handlungsbedarf, die Qualitätsstandards für öffentlich geförderte Forschung, die als Grundlage für die Technologiepolitik dient, zu verschärfen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
9. In welchem Umfang haben Forschungsergebnisse des PIK in den letzten zehn Jahren die Strategien der Bundesregierung zur Energiewende, zur CO_2-Bepreisung und zur Wasserstoffstrategie beeinflusst?
10. Hat sich die Bundesregierung mit der Frage des Risikos auseinandergesetzt, dass durch methodisch falsche Schadensprognosen unverhältnismäßige regulatorische Lasten für die deutsche Industrie entstanden sind (z. B. durch verschärfte Kapitalanforderungen für Banken aufgrund von NGFS-Szenarien), und wie hat sie sich gegebenenfalls dazu positioniert?
11. Welche konkreten Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der Warnung des NGFS (www.ngfs.net/node/1161414 und www.ngfs.net/en/publications-and-statistics/publications/ngfs-climate-scenarios-central-banks-and-supervisors-phase-v) bezüglich der fehlerhaften Studie für ihre eigene Nutzung dieser Szenarien gezogen?
12. Liegen der Bundesregierung Schätzungen vor, welche Kosten für die deutsche Wirtschaft durch Fehlallokationen von Kapital entstanden sind, die auf den nunmehr zurückgezogenen Schadensprojektionen basieren, und wenn nein, warum wird die ökonomische Belastung durch fehlerhafte wissenschaftliche Grundlagen nicht systematisch evaluiert?
13. Hat sich die Bundesregierung mit der Frage auseinandergesetzt, ob die vorzeitige politische Übernahme nichtrobuster Klimastudien die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland gefährden könnte, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen ist sie dabei gekommen?

14. Welche Verfahren existieren innerhalb der Bundesregierung gegebenenfalls, um nach einer Studienretraktion systematisch zu prüfen, welche politischen Entscheidungen auf dieser Grundlage getroffen wurden?
15. Hat sich die Bundesregierung mit der Frage auseinandergesetzt, ob ein potenzieller Interessenkonflikt darin bestehen könnte, dass das PIK als öffentlich finanzierte Forschungseinrichtung gleichzeitig im Lobbyregister des Deutschen Bundestages geführt wird, und zu welcher Einschätzung ist sie dabei gegebenenfalls gekommen?
16. Mittels welcher Governance-Regeln sichert die Bundesregierung die Trennung zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Interessenvertretung, und plant sie, diese Regeln gegebenenfalls noch zu erweitern?
17. Plant die Bundesregierung, künftig bei wissenschaftlichen Arbeiten mit erheblicher regulatorischer Tragweite eine verpflichtende unabhängige Reproduzierbarkeitsprüfung einzufordern, bevor diese in staatliche Strategien einfließen?
18. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie viele wissenschaftliche Veröffentlichungen der Leibniz-Gemeinschaft im Bereich Klima bzw. Energie seit 2015 zurückgezogen oder wesentlich korrigiert wurden (wenn ja, bitte diese nach Jahr aufschlüsseln)?
19. In wie vielen dieser möglichen in Frage 18 erfragten Fälle waren die betreffenden Studien zuvor Gegenstand von Berichterstattungen in Ressortunterlagen oder politischen Entscheidungsprozessen der Bundesregierung?
20. Existiert ein standardisierter Informationsfluss zwischen den Forschungsorganisationen und den Bundesministerien für den Fall von Retraktionen politisch relevanter Studien?

Berlin, den 26. August 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333